

SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln
CDU-Fraktion im Rat der Stadt Köln
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen im Kölner
Rat
FDP-Fraktion im Rat der Stadt Köln

An den
Vorsitzenden des
Rates

Herrn
Oberbürgermeister Jürgen Roters

Eingang beim Amt des Oberbürgermeisters: 15.02.2011

AN/0437/2011

Antrag gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Rat	01.03.2011

**Die Stadtverwaltung als familienfreundliche Arbeitgeberin: Entwicklung von
Unterstützungsangeboten bei Kinderbetreuungsengpässen**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Antragsteller bitten Sie, folgenden Ratsantrag in die Tagesordnung der Ratssitzung am
01. März 2011 aufzunehmen:

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung mit der Erarbeitung eines Vorschlags, in-
wieweit und unter welchen Rahmenbedingungen städtische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
im Falle eines möglichen Betreuungsengpasses ihres Kindes seitens der Stadtverwaltung
zusätzlich unterstützt werden können.

Wir bitten in diesem Zusammenhang u. a. um Prüfung und Bewertung (inkl. finanzieller Be-
wertung) folgender Überlegungen:

- Die Ausstattung von Dienststellen mit einem Notebook (inkl. CAN) und eines „Token“,
die im Fall einer fehlenden Kindesbetreuung für die kurzzeitige Möglichkeit der
Heimarbeit den betroffenen Beschäftigten zur Verfügung gestellt werden können.

- Die Möglichkeit, in der Nähe zu größeren Dienstgebäuden der Stadtverwaltung in bestehenden Kitas einige Plätze für solche Versorgungsnotfälle vorzuhalten, ggfs. durch Schließung einer Vereinbarung mit einer Kita im Umfeld, um dort vorübergehend die Kinder von Mitarbeitenden bei Betreuungsgengpässen unterbringen zu können. Hierbei ist sicherzustellen, dass durch Anwendung der v. g. Regelung kein regulärer Betreuungsplatz in der Einrichtung entfällt.
- Die Prüfung anderer Betreuungsmodelle wie z.B. ein Eltern-Kind-Büro mit Spielecke (kindgerechte Ausstattung, ggfs. durch Sachspenden von Mitarbeitenden) für Beschäftigte der Stadtverwaltung, in dem im Bedarfsfall ein Büroarbeitsplatz zur Verfügung steht.

Zu dieser Prüfung sollte eine entsprechende Abfrage bei den Beschäftigten erfolgen.

Zugleich sollten hinsichtlich des Erfahrungswertes, der Praktikabilität und der Nutzerzufriedenheit Gespräche mit öffentlichen wie nicht-öffentlichen Einrichtungen wie etwa dem LVR Rheinland, den Kölner Finanzämtern, Ministerien und Unternehmen der Privatwirtschaft geführt werden, die eine entsprechende familienfreundliche Unterstützung bereits seit Jahren, aber wohl mit unterschiedlicher Erfahrung praktizieren.

Ziel ist es, übertragbare Modelle zu prüfen und bedarfsorientierte Regelungen für die Stadtverwaltung sowie ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu entwickeln.

Begründung:

Politik und Verwaltung in Köln sind bereits seit langem damit befasst, die Familienfreundlichkeit der Stadt zu optimieren.

Gemeinsame Zielsetzung sollte es daher auch sein, die Familienfreundlichkeit der Stadt Köln in ihrer Eigenschaft als Arbeitgeberin durch bedarfsorientierte Angebote zu verbessern.

Oftmals stehen Eltern, deren Kinder während der Arbeitszeit normalerweise die Schule besuchen bzw. in einer Kindertageseinrichtung, von einer Tagesmutter oder anderweitig betreut werden, vor einem schwerwiegenden Betreuungsproblem, wenn diese reguläre Betreuung unerwartet und kurzfristig entfällt (z.B. Schulausfall, Krankheit der Tagesmutter, Schließung der Kindertagesstätte).

Für diese Eltern wäre es eine große Erleichterung, wenn in einer solchen Notfallsituation die Möglichkeit bestünde, eine alternative Betreuungsmöglichkeit für ihr Kind angeboten zu bekommen bzw. die Voraussetzungen dafür, besonders wichtige oder eilige dienstliche Aufgaben auch von zuhause aus erledigen zu können.

Mit freundlichen Grüßen

gez.
Michael Zimmermann
SPD-Fraktionsgeschäftsführer

gez.
Jörg Frank
GRÜNE-Fraktionsgeschäftsführer

gez.
Stefan Götz
CDU-Fraktionsgeschäftsführer

gez.
Ulrich Breite
FDP-Fraktionsgeschäftsführer